

TRIBÜNE

Rezepte gegen aggressives Abwerben

Vor wenigen Tagen vermeldete die NZZ, der Weltenergieat gebe unserem Land Spitzennoten im Ranking betreffend das sogenannte «Energie-Trilemma»: Versorgungssicherheit, Umweltschutz, Bezahlbarkeit! Offenbar rangieren wir weltweit auf Platz 1. Das freut uns doch – allen Schlehtrednern zum Trotz. Vor allem unsere Grünen finden ja, die Industrie sei noch längst nicht «Musterknabe» punkto Umweltschutz. Die SP wiederum propagiert, die Löhne müssten im unteren Lohnsegment steigen sowie die Steuern im oberen Segment erhöht werden, und Teile der SVP sind überzeugt, eine Begrenzung der Nettozuwanderung von Fachkräften bei netto rund 40 000 Personen (wohlverstanden inklusive Flüchtlinge!), sei die Obergrenze...

Gründe für die Desindustrialisierung

In der Summe macht es das für unsere Industrie unglaublich schwierig, weiterhin in der Schweiz zu verbleiben und in unserem Land zu produzieren. Die Rahmenbedingungen verschlechtern sich zusehends gegenüber ausländischen Standortmitbewerbern. Auch die viel geforderte Entbürokratisierung findet nur schleppend – und wenn überhaupt, dann nicht bedeutungsvoll statt. Hinzukommt, dass seitens des nahen Auslandes aggressiv geworben wird, Firmen aus der Schweiz wegzulocken! Was es daher zu allererst braucht, sind ganz eindeutig mehr gemässigte und pragmatische Kräfte im Na-



FDP-Nationalrätin Doris Fiala* über subventionierte Lockrufe aus dem ehemaligen «Osten».

tionalrat und im Ständerat, die wieder die Kunst des Machbaren zum Mass aller Dinge erheben und nicht nur Maximalforderungen zur Maxime erklären. Es droht eine Desindustrialisierung in der Schweiz mit einhergehendem Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlust zugunsten anderer Länder – besonders zugunsten des ehemaligen Ostdeutschland. Wenn Unternehmen heute wegziehen und Arbeitsplätze im Ausland schaffen und nicht mehr in der Schweiz wachsen, so

ist es viel zu billig, dies nur mit dem hohen Schweizer Franken erklären, ja schönreden zu wollen. Wettbewerbsfähigkeit für unseren Standort umfasst viele Kriterien, der starke Franken ist für die Exportindustrie nur EIN Faktor, teilweise jedoch längst nicht der wichtigste.

Aggressives Standortmarketing seitens des ehemaligen Ostblocks

Schweizer Unternehmer berichten, dass Industrieland im ehemaligen Ostdeutschland für wenige Euro pro Quadratmeter zu haben sei. Dafür verlangten Kreditgeber lediglich 10 Prozent Eigenkapital, 90 Prozent Fremdkapital würden dem Unternehmer gewährt, und notfalls bürgte der Staat für das Unternehmen bei der Bank für Kredite. 40 Prozent sämtlicher Investitionen werden offenbar zudem durch das entsprechende Bundesland finanziert, so dokumentieren Industriebetriebe mit Fakten und schriftlichen Beweisen glaubwürdig. Unternehmenssteuern liegen die ersten Jahre tief oder fallen zuerst ganz weg. Verpflichtung für den Unternehmer: fünf Jahre keinen Standortwechsel, und pro Investition von subventionierten 500 000 Euro muss mindestens ein Arbeitsplatz geschaffen werden. Und all das wird offenbar durch die Standortförderung des Bundeslandes organisiert – kundennah, dienstleistungsorientiert. Unternehmer nennen zum Beispiel das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Ar-

beit und Verkehr. Mitfinanziert durch den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds (ESF). Nun können wir mit Fug und Recht entgegnen, dass das ehemalige Ostdeutschland eben seit der Wende bis heute noch immer Mühe habe, Unternehmen und Industrien anzulocken und daher aggressiv subventioniere. Besonders uns Liberalen ist es ja unwohl bei so viel Staat und so wenig Eigenmitteln... Hier stösst jedoch die «reine liberale Lehre» an die Grenzen der neuen Realitäten und Gefahren für die Schweizer Wirtschaft. Denn Ideologien greifen zu kurz und nützen der Schweiz wenig! Sollte die Desindustrialisierung in der Schweiz nicht gestoppt werden können, droht ein Arbeitsplatz- und Wohlstandsverlust für uns alle, der ungemütlich sein wird. Sehr ungemütlich. Diese Problematik aktiv, pragmatisch und über Parteigrenzen hinweg anzugehen, habe ich mir bereits für die erste Session der neuen Legislaturperiode vorgenommen. Ich zähle dabei auf die Unterstützung des sgv.

*Doris Fiala ist Präsidentin des Kunststoffverbands Swiss Plastics und Mitglied der Gewerbe- und Industrie-Kammer des sgv.


Die Tribüne-Autoren geben ihre eigene Meinung wieder; diese muss sich nicht mit jener des sgv decken.

ANZEIGE

Thomas Zesiger, Teilhaber
Infré SA
Kunde seit 2013

«Mit unserem Tee schläft man besser, genau wie mit der 2. Säule von Swiss Life.»
Sorg für dich.

Damit Sie sich voll auf Ihr Geschäft konzentrieren können, bietet Swiss Life sichere Lösungen für die berufliche Vorsorge – massgeschneidert für Ihr KMU. Infré SA ist eines von über 40 000 Unternehmen, die wir bereits überzeugen konnten. Überzeugen Sie sich selbst auf swisslife.ch/kmu



SwissLife
So fängt Zukunft an.